

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

26.01.2017

Der Bund entlastet Länder und Kommunen

Wir haben bereits im November 2016 einen Bundeshaushalt für dieses Jahr beschlossen, der erneut ohne neue Schulden auskommt und dabei wieder Länder und Kommunen im erheblichen Maße entlastet. Allein im Jahr 2016 summieren sich die zusätzlichen Entlastungen auf fast 30 Milliarden Euro, in der gesamten laufenden Legislaturperiode beträgt das zusätzliche finanzielle Engagement des Bundes zugunsten von Ländern und Kommunen insgesamt rund 95 Milliarden Euro.

Zwischenzeitlich hat der Bundesrechnungshof bereits vor einer Überlastung des Bundeshaushalts durch die umfangreichen Unterstützungsleistungen an Länder und Kommunen gewarnt. Gleichzeitig erheben einzelne Ländervertreter immer wieder finanzielle Forderungen gegenüber dem Bund und stellen viele Maßnahmen des Bundes einfach als ihre eigenen dar. In Bezug auf die den Kommunen zgedachten Entlastungsmaßnahmen zeigt sich, dass die Maßnahmen dort auch nicht immer vollumfänglich ankommen. Da der Bund aus rechtlichen Gründen keine Mittel direkt an die Kommunen geben darf, kommen als Transferwege an die Kommunen insbesondere die Umsatzsteueranteile der Kommunen sowie

die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) im Rahmen des SGB II in Frage. Zusätzlich kann die Entlastung über die Umsatzsteueranteile der Länder erfolgen, die die Mittel dann an die Kommunen weitergeben müssen.

Unabhängig vom Transferweg zeigt sich aber, dass sich einige Bundesländer im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Entlastungen anteilig zurückholen – das gilt für KdU genauso wie für den Umsatzsteueranteil der Gemeinden. Wir können als Bund durch die Wahl des Entlastungsweges also "finanzschwache Kommunen" gar nicht gezielt ansteuern. Das findet vor allem durch die Länder und die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs statt. Auch im Bereich Integrationskosten liegt es in der Verantwortung der Länder, für eine aufgabenangemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen zu sorgen.

Wir müssen daher gerade vor Ort in den Wahlkreisen deutlich darauf hinwirken, dass alle Länder die Mittel für die Kommunen auch wirklich an diese weitergeben. Für den Bürger ist es indes nicht immer einfach, das gesamtstaatliche Finanzgeflecht zu durchdringen und die einzelnen Maßnahmen und die damit verbundenen Geldströme auseinanderzuhalten.

Einbruchdiebstahl wirksam bekämpfen.

Den Gesetzentwurf von Bundesminister Maas zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls haben wir gestoppt. Wir wollen, dass der Einbruchdiebstahl mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft wird und so die Einstellung von Verfahren schwerer wird. Zudem sollen die Strafermittlungsbehörden das Instrument der Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung dieser Straftaten einsetzen können. Dies sieht der Gesetzentwurf von Bundesminister Maas bisher nicht vor. Wir fordern nach wie vor von der SPD, ihren Widerstand gegen die Mindeststrafe von einem Jahr aufzugeben, und werden darüber auch öffentlich diskutieren.

Erwerbstätige wollen länger arbeiten

Die Erwerbstätigen in Deutschland wollen im Schnitt etwas länger arbeiten. Vor allem Teilzeitbeschäftigte waren im Jahr 2015 mit ihrer Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 19,7 Stunden nicht zufrieden und würden gerne aufstocken, wie aus einer am Donnerstag in der letzten Woche veröffentlichten Auswertung des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. Die Inhaber von Vollzeitjobs (Arbeitszeit 41,7 Stunden) wollen hingegen seltener etwas ändern. Von ihnen sind 93 Prozent mit ihrer Arbeitszeit zufrieden. Von den gut 40 Millionen Erwerbstätigen wollen 2,7 Millionen mehr arbeiten. Ihnen stehen eine gute Million Menschen gegenüber, die trotz Gehaltseinbußen gerne beruflich kürzer treten würden. Aus den Arbeitszeitwünschen ergibt sich im Saldo der Wunsch nach durchschnittlich einer halben Stunde Mehrarbeit in der Woche pro Erwerbstätigen. (dpa)

Deutscher IT-Mittelstand wächst

Die meisten Beschäftigten, das größte Wachstum: der Deutsche IT-Mittelstand ist auch in Zeiten der Digitalisierung von größter Bedeutung. Mittelständische IT-Unternehmen profitieren von der Digitalisierung. Neben Umsatzwachstum gibt es auch eine Zunahme bei den Beschäftigten. Großunternehmen scheinen sich angesichts neuer Entwicklungen schwerer zu tun. Wie aus dem aktuell vorgestellten Mittelstandsbericht des Branchenverbandes Bitkom hervorgeht, können mittelständische IT-

Unternehmen den Umsatz um 8 Prozent auf 62 Milliarden Dollar steigern. Bei Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeitern hingegen gibt es einen leichten Umsatzrückgang um 2 Prozent. Auch die Aussichten für den IT-Mittelstand sind vergleichsweise gut. 84 Prozent sehen steigenden Umsätzen im zweiten Halbjahr 2016. Weitere 60 Prozent wollten zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, 35 Prozent wollen die Zahl der Angestellten konstant halten. Die Probleme liegen für die insgesamt 9501 Unternehmen mit 10 bis 499 Mitarbeitern wohl eher darin, geeignete Kandidaten zu finden. (www.goo.gl/RchjOA)

Vermehrte Rückreisen erwartet

Die neue Leiterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Jutta Cordt, erwartet deutlich mehr freiwillige Rückreisen von Asylsuchenden in ihr Heimatland. „Die Zahlen werden deutlich steigen“, sagte Cordt der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (20.1.2017). Sie verwies auf die 40 Millionen Euro, mit denen die Bundesregierung in diesem Jahr freiwillige Ausreisen fördern will. Im vergangenen Jahr bezuschusste Deutschland in etwa 54 000 Fällen einen Neustart in der Heimat. Dafür wurden 21,5 Millionen Euro bereitgestellt. Von diesem Februar an wird die Rückkehr gestaffelt gefördert. „Je eher die Menschen sich dazu entscheiden zurückzukehren, desto höher kann die Unterstützung sein“, sagte Cordt. Wenn sich abzeichnet, dass die Asylbewerber nicht bleiben dürfen, informiert sie das BAMF künftig schon vor der Asylentscheidung darüber, welche Möglichkeiten es für eine freiwillige Rückkehr gibt. (dpa)

Zitat

„Sie werden mit Unisex-Toiletten im Kampf gegen den Terror nicht bestehen.“ (CDU-Fraktionschef Florian Graf am Donnerstag im Berliner Abgeordnetenhaus zu Justizsenator Dirk Behrendt, Grüne, dessen erste Drucksache nach dem Terror-Anschlag in Berlin von Unisex-Toiletten handelt.)